

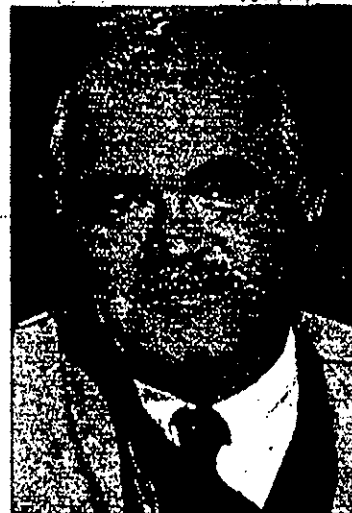
Bild-Zeitung
vom 28.4.2000

Von Russen enteignet? Gebt den Eigentümern ihr Land zurück!

Von
Dr. PETER GAUWEILER
Von einem Tabu, das früher in Bonn und heute in Berlin niemand antasten will, war dieser Tage vor dem Bundesverfassungsgericht wieder die Rede: Untaten in der sowjetisch besetzten Zone zwischen 1945 bis 1949 und ihre Folgen - Entrechtung und Vertreibung von über einer Million Menschen. Sie mussten innerhalb von 24 Stunden nur mit dem, was sie tragen konnten, Haus und Hof und die Heimat verlassen. Sofern sie nicht in sowjetische Konzentrationslager kamen. Die Sowjets nannten diese Maßnahme zynisch „Bodenreform“.

Nach deutschem Wiedervereinigungsrecht soll der Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ für die Opfer

der Besatzungsmacht zwischen 45 und 49 nicht gelten. Die politische Absicht, mit



Dr. Peter Gauweiler
(50, CSU)

diesem „Volksvermögen“ und seiner Verwertung den Wiederaufbau Ost zu finanzieren, erwies sich allerdings als völliger Fehlschlag. Heute kosten die faktisch immer noch beschlagnahmten Liegenschaften die Staatskasse ein vielfaches von dem Betrag, den sie tropfenweise einbringen.

Die staatliche Schutzbehauptung, die Sowjets hätten der Wiedervereinigung nur unter der Voraussetzung des Fortbestehens ihrer „Bodenreform“ zugestimmt, ist längst als - sehr milde ausgedrückt - politische Notlüge entlarvt.

Jetzt hat das Verwaltungsgericht Dresden festgestellt,

dass es sich nicht mit dem Grundgesetz vereinbaren lässt, die Rückgabe dieses Eigentums „zu“ verweigern, wenn sich dieses nach wie vor im Staatsbesitz befindet. Über den diesbezüglichen Vorlagebeschluss müssen nun die Karlsruher Richter entscheiden. Zumal die weitere Gefahr droht, dass dieses Vermögen nun europaweit verscherbelt werden soll, was bald „EU-rechtlich geboten“ sein soll, wie es heißt.

Was tun? Union und SPD müssen die Denkverbote, die sie sich in dieser Sache auferlegt haben, überwinden. Wenn man den glücklos verwalteten Staatsbesitz den privaten Eigentümern zurückgibt, mit Sanierungs- und sozialen Bewirtschaftungsaufgaben verbunden, schadet dies nicht dem Land, sondern nützt ihm. Und kostet den Staat nichts.

In den Familien der Alteigentümer warten Unternehmerpersönlichkeiten von anderem Kaliber auf eine Heimkehrchance in die neuen Länder, als jenes Sammelsurium von Glücksrittern und West-Desperados, das unmittelbar nach der Wende die Ex-DDR unsicher machte.

Kanzler Schröder sollte sich dieses Themas ohne Rücksicht auf Tabus annehmen. Hier bietet sich eine volkswirtschaftliche und moralische Chance: Auf dem Weg ins Freie und der Versöhnung der Deutschen mit sich selbst.